

# Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftstelle: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1000.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauspostamt: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1000.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Markst. und Dresden-Litst.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten in der Woche vom 6. 5. 14. September 1 600 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 8 500 000.— M., Einzelnummer 800 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Komparatzeile 400 000.— M., auswärts 480 000.— M., die 8spalt. Komparatzeile 1 000 000.— M., auswärts 1 100 000.— M., bei mehrmaliger Aufzählung Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Brieflieferer 100 000 M.

Nr. 212

Dresden, Dienstag den 11. September 1923

34. Jahrg.

## Für die Goldnotenbank

### Ein Beschluß des Reichskabinetts

Berlin, 10. September. Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung vom 10. September mit der Währungsfrage. Einmütig wurde beschlossen, die Lösung dieser Frage auf dem Wege einer Goldnotenbank zu suchen, die bei voller rechtlicher Selbstständigkeit und unbedingter Unabhängigkeit von den Reichsfinanzen in organischer Verbindung mit der Reichsbank ihre Tätigkeit ausüben soll. Die Arbeiten zur Errichtung der Goldnotenbank werden sofort in Angriff genommen werden, damit die Bank sobald als möglich praktisch in Tätigkeit treten kann.

In der vorliegenden Nachricht ist gesagt, daß das Reichskabinett die Lösung der Währungsfrage auf dem Wege einer Goldnotenbank suchen will. Daraus geht hervor, daß endgültige Beschlüsse darüber, auf welche Weise die neue Notenbank gebildet und wie sie organisiert sein soll, noch nicht gefaßt sind. Jedoch scheint sich die Regierung entschlossen zu haben, auf die Vorschläge nicht einzugehen, die auf die Errichtung einer rein privaten Notenbank hingingen. Selbstverständlich muß verhindert werden, daß mit der neuen Notenbank eine neue Notenpresse geschaffen wird, mit deren Hilfe man wieder das Defizit des Reichshaushaltetats zu decken sucht. Aber es muß dafür gesorgt sein, daß die Reichsleitung einen maßgebenden Einfluß auf das ganze Geschäftsgebahren der neuen Bank hat. Bei der Reichsbank hat man ja mit der Unabhängigkeit vom Reich sehr bedenkliche Erfahrungen gemacht. Die Sicherheit muß gegeben sein, daß durch die Leitung der neuen Notenbank die wirtschafts- und finanzpolitischen Absichten der Regierung nicht durchkreuzt werden können.

Die Vorbedingung für die Errichtung der neuen Bank wird die Ansammlung eines genügenden Devisenfonds sein. Es ist zwar vorgeschlagen worden, die Noten der neuen Bank durch Goldhypotheken auf die deutsche Wirtschaft zu decken, aber wenn man diesen Weg zu gehen suchte, wäre es sehr zweifelhaft, ob man dann wirklich die Noten wertbeständig erhalten könnte. Will man verhindern, daß die neuen Noten ebenso wie die Papiermark bald ins Gleiten kommen, so muß dafür gesorgt sein, daß die Noten auch im Ausland wenigstens annähernd zu ihrem Nennwert genommen werden. Das wird nur der Fall sein, wenn es möglich ist, für diese Noten jederzeit Werte zu bekommen, die im Ausland als volle Goldwerte angesehen werden. Ob man aber sogenannte Goldhypotheken im Ausland überhaupt zu nehmen bereit wäre, ist sehr zweifelhaft. Deswegen müssen die neuen Noten zum großen Teil durch Gold oder Devisen ge-

deckt sein. Davon, ob es möglich ist, die nötigen Devisen zu bekommen, wird es abhängen, ob die Goldnotenbank mit Aussicht auf Erfolge ihre Wirksamkeit beginnen kann.

Gleichzeitig mit der Mitteilung, daß eine Gründung einer neuen Goldnotenbank beabsichtigt sei, kommt die Meldung, daß die Ausführungsbestimmungen über die angelegte Einrichtung von Goldkonten bei der Reichsbank herausgekommen seien. Die Einzelheiten auf diese Goldkonten müssen zu 75 Prozent in Devisen und zu 25 Prozent in Papiermark erfolgen. Die Inhaber der Konten können dann durch Schecks über ihr Guthaben verfügen. Die Devisenbesitzer haben zwar nicht das Recht, wenn sie ihre Devisen auf Goldmarkkonten anzulegen, daß ihnen auf Wunsch wieder Devisen ausgehändigt werden, aber sie bekommen den nach dem jeweiligen Goldkurs berechneten Wert ihres Goldbankguthabens in Papiermark ausgezahlt. Durch die Schaffung der Goldmarkkonten ist also eine neue Möglichkeit zur wertbeständigen Kapitalanlage geschaffen. Der Zweck der Maßnahme soll natürlich sein, möglichst viele Devisen aus dem Verkehr herauszuholen.

Verhängnisvoll wäre es, wenn man sich über die Erfolge, die man mit derartigen währungspolitischen Maßnahmen erzielen kann, zu großen Hoffnungen hingäbe. Auch die Errichtung einer Notenbank wird sich dann als ein Mittel erweisen, das geeignet ist, uns aus unserer Not zu helfen, wenn wir gleichzeitig eine Steuer- und Wirtschaftspolitik treiben, die die in den letzten Jahren begangenen Fehler vermeidet.

### Die Goldmarkkonten

Die vom Reichsbankpräsidenten Hofmann in der vergangenen Woche bereits angekündigte Einrichtung von Goldkonten bei der Reichsbank wird jetzt durch Ausführungsbestimmungen in der Art geregelt, daß die Reichsbank schon in den nächsten Tagen neben dem gewöhnlichen Giroverkehr auf Kontomark laufende Goldkonten eröffnen wird. Die Kontomark ist gleich einem Scheitel Dollar. Die Konten werden vorläufig nur bei der Reichsbank in Berlin, und zwar bei der Kontomark-Giro-Abteilung, eingeführt. Eine Ausdehnung auf die Provinz ist für später in Aussicht genommen. Zur Ausführung auf das Kontomark-Konto gelangen in erster Linie die in Papiermark umgerechneten Erträge der zu diesem Zweck der Reichsbank überlassenen Devisen. Es können auf Antrag auch Papiermark zur Ausführung auf das Kontomark kommen. Die eingehende Papiermarksumme wird aber auf 25 Prozent des Betrages beschränkt, der für die eingelieferten Devisen nach dem zuletzt bekannt gewordenen amtlichen Berliner Mittelskurs errechnet wird. Dadurch soll ein gewisser Schutz für die Goldmarkkonten geschaffen werden. Im anderen Falle wollen die Richtlinien die Spekulation in einem gewissen Maße ausschalten, indem sie den Mindestbetrag der ersten Ausführung aus eingereichten Devisen vorerst auf 100 000 Kontomark festsetzt.

## „Die K. P. D. ist nicht reif“

### Kabel brandmarkt die anarchischen Zustände bei den deutschen Kommunisten

Die deutschen Kommunisten bilden sich bekanntlich immer noch ein, durch den Mitte August propagierten, aber von vornherein fehlgeschlagenen Generalkonferenz der Regierung Cuno gestützt zu haben. Die Veröffentlichung der Protokolle über die Sitzung des kommunistischen Bezirksausschusses Groß-Berlin, die sich mit der kommunistischen Taktik der letzten Wochen beschäftigte, liefert genug Beweise dafür, daß selbst schwindelnde Kommunisten dem von der Zentrale propagierten Scheinbild keinen Glauben schenken. Aber es gibt noch andere Dokumente, die unsre deutschen Kommunisten treffend charakterisieren und denen besonderer Wert beizumessen ist, weil sie von Leuten stammen, die nicht nur die deutsche kommunistische Partei und ihre Führung bis ins kleinste kennen, sondern auch als Mitglieder des Exekutivkomitees der Dritten Internationale vieles hören, was den kommunistischen Arbeitern vorenthalten wird. Unter diesen Dokumenten befindet sich u. a. auch eins aus der Feder von K. A. B. das Mitte August als offizielles Geheimbericht an Tschitschewin übermittelte wurde. In diesem

### Geheimbericht Kabels an Tschitschewin

Charakterisiert Kabel in ähnlicher Offenheit, die er bei der Beurteilung der deutschen Kommunisten wiederholt nicht gescheut hat, seine deutschen Parteifreunde, wie sie wirklich sind und bleiben werden. Kabel ist hierzu besonders berufen, weil er Mitte August in Berlin weilte und in nächster Umgebung der kommunistischen Zentrale unmittelbare Beobachtungen anstellen konnte. Der Geheimbericht lautet im Auszug:

„Die deutsche kommunistische Partei hat gezeigt, daß sie zu ersten und entschlossenen Handlungen vollkommen unvorbereitet war und das Geld, das wir unaufhörlich hierher geschickt haben, einfach fortgeworfen ist. Die proletarischen Hundertschaften haben sich als schlecht organisierte Banden halbwüchsiger Jungen erwiesen, die zu keinem entscheidenden Schritt zu gebrauchen sind. Alle Beteuerungen des Aktionskomitees von ihrer Disziplin und zweifellosen Ergebnisse unserer Sache haben sich als Lügen herausgestellt. Im entscheidenden Moment hatte das Zentrum den Kopf verloren. Daher hatte die Bewegung am 11., 12. und 13. August einen „Wille“, an einigen Stellen aber einfach einen pogromartigen Charakter angenommen und jegliche Verbindung mit dem Hauptaktionszentrum und mir verloren. Was die Provinz anbelangt, so war das Vorgehen in Sachsen noch weniger durchsichtig. Das nennenswerte Aktionskomitee bestand aus Leuten, die ganz planlos handelten und

rein anarchische Zustände schufen. Die Befehle der Partei wurden nicht ausgeführt, die sinnlosen Requisitionen von Produkten durch die roten Hundertschaften bei Bauern aber riefen bei diesen einen scharfen Haß gegen das städtische Proletariat hervor. Ich bin der Ansicht, daß in der Zeit vom 10. bis 15. August in Deutschland so viele Dummheiten gemacht wurden, daß es unmöglich ist, sie im Laufe dieses Winters wieder gutzumachen. Am sinnlosesten war die Taktik der Kommunisten in den thüringischen und nordhessischen Regionen. Dort hatten einfach Galunken, die niemand anerkennen wollen und nur ihre persönlichen und Taschengüterinteressen im Auge hatten, die ganze Sache an sich gerissen. Ich bin noch wie vor der Ansicht, daß der Zeitpunkt zu einem Vorgehen ungenügend geworden ist und die Aktionen nicht Flugwagen durchzuführen werden sind. Die deutsche kommunistische Partei muß warten und sich organisieren, denn zu einem Vorgehen ist sie noch nicht reif genug.

Ich erbitte aus Moskau Befehle an die deutsche kommunistische Partei ungenügend im Sinne meines Berichtes.“

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst, dem dieses Dokument in die Hände gefallen ist, bemerkt zur öffentlichen Bekanntgabe: Wir würden uns nicht wundern, wenn die Kommunisten die Richtigkeit dieses Berichtes bestritten, denn bisher haben sie immer bestritten, was ihnen unangenehm war, selbst wenn die Wahrheit zweifelsfrei feststand. Falls auch diesmal die Absichten zur Lüge besäßen sollten, würden wir ihnen raten, zuvor „Unter den Linden“ Erdmündungen einzuziehen.

### Ein letzter Versuch in Thüringen

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Die thüringische Sozialdemokratie hatte aus Anlaß der kommunistischen Heße gegen die thüringische Regierung ihre Ortsvereine aufgefordert, zu der Haltung der kommunistischen Partei Stellung zu nehmen und sich darüber zu entscheiden, ob sie noch als vertrauenswürdig betrachtet und mit ihr über die Beilegung eines Konfliktes verhandelt werden kann. Die inzwischen getroffenen Entscheidungen dürften unserer Landtagsfraktion Anlaß geben, sich nochmals bereit zu erklären, mit der kommunistischen Fraktion die in Thüringen begonnene sozialistische Arbeit fortzusetzen. Die Fraktion wird gleichzeitig aber keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie und die Regierung sich kommunistischen Diktaturgefahren ebensofortwährend fügen werden wie einem Sonderausgang, also der sogenannten „sächsischen Lösung“, oder einer Reberregierung von kommunistischen Gnaden. Sollten die Kommunisten in Zukunft trotz ihrer bisherigen Taktik fortfahren, dann ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion bereit, durch Landtagsauflösung und Neuwahl die notwendige Klärung herbeizuführen.

## Vor Verhandlungen?

Nach Pariser Meldungen ist zwischen der Reichsregierung und der französischen Volkspartei in Berlin bereits eine gewisse Fühlungnahme zustande gekommen. In Berlin wird diese Behauptung nicht bestritten, im Gegenteil, es wird sogar behauptet, daß bereits ein vorläufiger Gedankenaustausch angebahnt sei. Reichsminister Stresemann werde am Mittwoch auf Poincarés letzte Rede antworten, wodurch der Weg zu Verhandlungen eine große Förderung erfahren werde. Die Berliner Vertreter der Pariser Presse melden ihren Blättern in ganz bestimmtem Tone, daß noch im Laufe dieser Woche die entscheidenden Schritte zu Verhandlungen erfolgen würden. Durch Vermittlung deutscher und französischer Industrieller und Bankiers sei bereits ein Gedankenaustausch im Gange. — Ob all diese Behauptungen zutreffen, steht dahin. Sicher aber erscheint, daß endlich der tote Punkt überwunden ist und mit dem Beginn direkter Fühlungnahme gerechnet werden kann. Von den Erklärungen Stresemanns wird der weitere Verlauf entscheidend beeinflusst werden. Hoffentlich zeigt er sich dieser zwingenden Aufgabe gewachsen.

Reichsinnenminister Söllmann hat nach einem Berliner Telegramm der Frauenliga für Frieden erklärt:

„Wir wissen wohl, daß wir, und zwar in einer sehr kurzen Zeit, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland finden müssen, sonst wird ganz Mitteleuropa gefährdet sein. Wir Sozialisten sind nur nach schweren Bedenken in die gegenwärtige Regierung eingetreten, und zwar mit dem festen Entschluß, das Ruhrunternehmen zu liquidieren. Die Ausgebungen der Reichsregierung, besonders des Reichsministers, haben der Welt gezeigt, daß in der Außenpolitik Deutschlands eine entscheidende Wendung eingetreten ist. Wir sind bereit und gewillt, jede Vereinbarung mit den Entente-Staaten und besonders mit Frankreich einzugehen, die uns die Sicherheit gibt, daß das Ruhrgebiet und das Rheinland nicht nur nicht von Deutschland losgetrennt wird, sondern in absehbarer Zeit wieder vollkommen dem deutschen Verfügungsgebiete zu Gebote steht. Wir sind uns bewußt, daß dies nicht nur durch Reden und Verträge, sondern nur durch eine große Anspannung der deutschen Wirtschaft geschehen kann. Wir sind bereit, dies zu tun, aber nicht — und keine deutsche Regierung kann das — auf irgendwelche Bedingungen einzugehen, die eine Herabsetzung des Reiches bedeuten. Wir wollen Frankreich neben Reparationen auch jede für uns erträgliche Sicherheit gegen einen neuen Krieg am Rhein gewähren, nicht aber eine Separation in irgendeiner Form zulassen. Jedes einzelne Mitglied des jetzigen Kabinetts ist frei von Nationalismus. Die deutsche Regierung wird ihre jetzige Politik nach außen fortsetzen und sich im Innern mit allen Mitteln des Staates der gerechtfertigten Rechte von rechts und links zu erwehren suchen. Aber alle Kräfte müssen schweigen, wenn in Deutschland durch Zerfall der Wirtschaft die Massen verhungern. Gegen den Hunger von Millionen können auch ein Heer und eine Polizeimacht nichts mehr tun. Wir wollen unser deutsches Vaterland retten und Europa befreien, das ist das einhellige Bemühen der Reichsregierung.“

Diese Erklärungen besagen nichts Neues, aber bekräftigen die Entschlossenheit der Regierung, zu Verhandlungen zu kommen. Zur Frage der Garantien will angeblich der zwickauer Anwalt erneut darauf hinweisen, daß er auch die deutsche Privatwirtschaft als Sicherheit in Betracht ziehe. Ein Berliner Abendblatt behauptet, daß schon in aller nächster Zeit ein Gesetz vorgelegt werden würde, das eine teilweise Verpfändung der Privatwirtschaft zugunsten des Reiches vorsieht und daß die Schaffung dieses Gesetzes in erster Linie dem Zwecke dienen soll, die Garantien, die Poincaré fordert, in sehr erheblichem Maße zu vergrößern. Wenn das richtig ist, so würde die Regierung erkannt haben, daß die Ruhr nur freigemacht werden kann durch die unvollständigsten Garantien für die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen. Das schaffende Volk muß aber fordern, daß diese Maßnahmen bis zur Erfassung der Sachwerte gesteigert und ausgebaut werden. Es muß nun endlich die sichere Grundlage für die Reparation und vor allem für die Abstellung der Not im Innern geschaffen werden.

Die Erfolglosigkeit der Verhandlungen bedingt die Erfassung der Sachwerte. Eins folgt aus dem andern. Die Entschlußkraft zu beiden muß das gesamte schaffende Volk bei den Verantwortlichen jetzt endlich durchsetzen.

### Die Wahrheit vom Dolchstoß

Von Tag zu Tag mehren sich die Stimmen in der bürgerlichen Presse, die im Interesse der Befreiung der Finanzen die Liquidierung des Ruhrkampfes fordern. Mit besonderer Schwärze und in ganz eindeutiger Weise kommt dies vor allem in verschiedenen Zentrumsblättern Westdeutschlands zum Ausdruck. So schreibt der Frankfurter Volkszeitung:

Der Ruhrkampf, der in weiten Kreisen nur noch „Ruhr-Abenteuer“ genannt wurde, habe in seiner ganzen Anlage und in seinem ganzen Verlaufe eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem Weltkrieg. In beiden Fällen ein Teil der Bevölkerung, der das letzte für den Staat opfere und ein Teil, der sich an der Not des Staates widerlich maßte; in beiden Fällen eine Politik, die mit den drängenden Aufgaben der Stunde nicht fertig geworden sei. Sabe etwa Dr. Cuno nicht eine verzeihliche Ähnlichkeit mit Dr. Michaelis? Werde nicht heute wie damals das „Durchhalten“ am lautesten von denen gefordert, die nichts durchzuhalten hätten? Gebe es nicht heute wie damals Leute, deren täglicher Wunsch sei: Wenn nur kein Friede an die Welt? Würden nicht heute wie damals diejenigen, die aus harter Erkenntnis der Lage heraus eingeschlossen sind, das Notwendige ohne falsche Rücksichtnahme zu tun, mit der Besinnung vom Dolchstoß bedacht?

Es ist nötig — fährt das Blatt fort — alle diese Dinge einmal im Zusammenhange zu sehen. Es wird von einem Dolchstoß gesprochen. Mit Recht. Aber, die den Dolch führen, das sind nicht die, die den Wund haben, die Verantwortlichen sind die Wahrheit zu sagen, sondern die, die in verhängnisvoller Verbindung sich auch von den höchsten Tatsachen — Töbter